

A.1 Entwurf Landeswahlprogramm 2009 – Antrag an den Landesparteitag

Einreicher: Landesvorstand DIE LINKE. Sachsen & Mitglieder der Arbeitsgruppe Landeswahlprogramm 2009

Beschlussantrag:

Der Landesparteitag beschließt den nachfolgenden Text als Wahlprogramm für die Landtagswahl 2009.

2. Sozial gerecht und sicher leben

2.1. Selbstbestimmt und solidarisch

Soziale Sicherheit ist für viele Menschen in weite Ferne gerückt. Massenarbeitslosigkeit und stagnierende Löhne haben zu einer Verschärfung sozialer Problemlagen geführt. Der Politik ist es nicht gelungen, die immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich zu schließen. Im Gegenteil: Die Hartz Gesetze und der mangelnde politische Wille, Armut und Ausgrenzung entschlossen zu bekämpfen, haben zur weiteren Verarmung von Erwerbslosen geführt. Mit der Wirtschaftskrise ist die soziale Sicherheit noch mehr in Gefahr. Viele Menschen müssen um ihre ökonomische Zukunft bangen oder den sozialen Abstieg fürchten. Von dieser Verunsicherung ist inzwischen auch die Mittelschicht betroffen. Der Kampf um soziale Gerechtigkeit ist daher notwendiger denn je. DIE LINKE ist DIE soziale Kraft in Sachsen. Die Verbesserung sozialer Lebenslagen und mehr Rechte für die Betroffenen sind für uns vor dem Hintergrund der zugespitzten Situation die wichtigste Aufgabe. Solidarität und Selbstbestimmung sind dabei die Grundsätze linker Sozialpolitik. Soziale Sicherheit ist Bedingung für ein selbstbestimmtes Leben. Deshalb streiten wir für ein Sachsen, in dem jeder Mensch frei von sozialen Ängsten leben kann und für einen solidarischen Ausgleich in der Gesellschaft. Neben der Bekämpfung von Armut geht es uns auch um die Stärkung sozialer Rechte. Wir wollen einen sozialen Rechtsstaat. Wir streiten für eine gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben. Jeder Mensch muss das Recht auf eine selbstbestimmte Lebensführung haben.

2.2. Aktiv Armut bekämpfen

Die Bekämpfung von Armut ist eine der größten Herausforderungen für Sachsen. Hartz IV, Massenarbeitslosigkeit, stagnierende Löhne und Mini-Jobs haben viele Menschen in Armut gebracht. Die Anzahl von alten Menschen, die in Armut leben müssen, wird in den kommenden Jahren dramatisch ansteigen. Dieser Entwicklung stellt sich DIE LINKE mit aller Kraft entgegen. Sachsen braucht endlich eine engagierte, aktive Politik gegen Armut! Sachsen ist eines der Länder mit der höchsten Kinderarmut in Deutschland. Das ist beschämend. Kein Kind soll in Armut leben. DIE LINKE wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Regelsätze für Kinder von Hartz IV-Bezieherinnen und Beziehern erhöht und neu berechnet werden. Das Ziel ist eine armutsfeste Kindergrundsicherung. Aber auch in Sachsen können wir einiges tun, um die Folgen von Kinderarmut zu bekämpfen: Als einen

ersten Schritt wollen wir erreichen, dass das Kindergeld nicht auf Hartz IV angerechnet werden darf. Die Einführung eines kostenlosen Mittagessens für alle Kinder, der Lernmittelfreiheit und die schrittweise Einführung eines gebührenfreien Kita-Besuchs sind wichtige Schritte, um jedem Kind in Sachsen die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten.

Mit der Einführung regionaler Sozialtickets für den ÖPNV wollen wir auch Menschen mit geringem oder ohne Einkommen Mobilität ermöglichen.

2.3. Alternativen zu Hartz IV entwickeln

DIE LINKE bleibt dabei: Hartz IV muss weg. Wir wollen die Hartz-Gesetze mit einer bedarfsdeckenden sozialen Mindestsicherung überwinden. Denn sie haben nicht mehr Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit gebracht, sondern zur Verarmung und Ausgrenzung geführt. Die buchstäblichen „Ein-Euro-Jobs“ und die Konstruktion „Bedarfsgemeinschaft“ mit all ihren Abhängigkeiten bedeuten darüber hinaus eine Demütigung von Langzeitarbeitslosen, insbesondere betroffenen Ehe- und Lebenspartnern sowie jungen Erwachsenen bis 25 Jahre. Sachsen muss gegenüber dem Bund größtmöglichen Druck zur Abschaffung der Hartz-Gesetze ausüben.

Eine verlängerte Bezugsdauer von Arbeitslosengeld und eine deutliche Erhöhung der Regelsätze sind erste Schritte hin zu einer repressionsfreien, bedarfsdeckenden sozialen Mindestsicherung, die nicht vom Einkommen des Partners oder der Partnerin abhängt. Wir wollen außerdem eine deutliche Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge für Hartz IV-Bezieherinnen und Bezieher. Auf Landesebene wird DIE LINKE alles daran setzen, den vorhandenen Spielraum zur Verbesserung der Lebenssituation von Hartz IV-Bezieherinnen und Beziehern zu nutzen.

Mit der Festlegung der Minimalanforderung für den Wohnraum wollen wir Zwangsumzüge wann immer es geht vermeiden. Wir setzen uns für höhere Richtwerte bei den Kosten der Unterkunft und für einen gerechten Soziallastenausgleich ein, damit Kommunen mit einem hohen Anteil von Hartz IV-Bezieherinnen und Beziehern nicht benachteiligt werden. Wir wollen eine entsprechende Änderung des Finanzausgleichgesetzes und des Landesausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch durchsetzen.

Wir wollen eine bessere Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in offene Stellen. Die teilweise gravierenden Personalnotstände in ARGEn und Optionskommunen gehen zu Lasten der Erwerbslosen und müssen daher abgebaut werden. Wir wollen, dass Betroffene in den ARGEn nicht gegängelt, sondern kostenlos und umfangreich beraten werden. Wir setzen uns für einen besseren Datenschutz für Hartz IV-Bezieherinnen und Bezieher ein. DIE LINKE leistet entschiedenen Widerstand gegen die Einschränkungen der Prozesskostenhilfe oder andere Versuche, die Rechte von Erwerbslosen auf Beratung, faire Behandlung und einen Rechtsbeistand zu beschneiden.

2.4. Würdevolles Leben im Alter

Auch Seniorinnen und Senioren in Ostdeutschland sind zunehmend von Altersarmut betroffen. Schuld daran sind gebrochene Erwerbsbiographien nach der Wende.

Rentnerinnen und Rentner haben ein Recht darauf, in finanzieller Sicherheit zu leben. DIE LINKE streitet daher für Rentengerechtigkeit. Wir setzen uns für die Angleichung der Rentenwerte Ost an West bis zum Jahr 2012 und die Erhöhung der Rentenversicherung für Hartz IV-Bezieherinnen und Bezieher sowie für die Rücknahme des Renteneintrittsalters 67 auf Bundesebene ein. Wir wollen Rentengerechtigkeit für Frauen unter anderem durch Anrechnung von Betreuungszeiten sowie eine finanzielle Gleichstellung der Frauen, die nach DDR-Recht geschieden sind, herstellen.

Die Potentiale älterer Menschen werden immer noch unterschätzt. Seniorinnen und Senioren wollen sich aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen. DIE LINKE unterstützt einen gewandelten Blick auf das Alter und die Wünsche älterer Menschen, sich in der Gesellschaft als vollwertige Mitglieder einzubringen und ihre Erfahrungen weiter zu geben. Altersdiskriminierung lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab. Mit einem Seniorenmitwirkungsgesetz wollen wir die Beteiligung älterer Menschen gesetzlich verankern und ihnen z. B. durch Seniorenbeiräte mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten geben.

Der Bedarf in der Altenpflege wird weiter steigen. Wir setzen dabei auf die Förderung generationsübergreifender Wohnprojekte und einen Ausbau des Betreuten Wohnens mit gesundheits- und pflegespezifischer Infrastruktur, die ein selbstbestimmtes Leben auch im hohen Alter ermöglicht.

Insbesondere ältere Menschen leisten mit ihrem bürgerschaftlichen Engagement einen wichtigen Beitrag für unser Gemeinwesen. Dies verdient auch die finanzielle Unterstützung des Landes.

2.5. Kinder- und Jugendhilfe stärken

Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Deshalb wollen wir Sachsen zu einem kinder- und jugendfreundlichen Land machen. Viele Kindereinrichtungen und Jugendclubs wurden in den vergangenen Jahren geschlossen. Das Angebot für Kinder und Jugendliche gerade im ländlichen Raum ist ausgedünnt. Kinder und Jugendliche haben in vielen Orten keinen Anlaufpunkt mehr, um sich zu treffen und auszutauschen. Dies ist keine Einladung, in ländlichen Räumen zu bleiben. Deshalb muss die Kinder- und Jugendhilfe endlich wieder auf eine sichere finanzielle Grundlage gestellt werden. Die Jugendpauschale des Landes an die Kommunen muss erhöht werden, um die Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe einschließlich einer ausreichenden personellen Besetzung durch pädagogische Fachkräfte auf kommunaler Ebene vor allem vor dem Hintergrund abnehmender Kinderzahlen zu erhalten.

Eine bessere finanzielle Ausstattung der Jugendhilfe ist auch Voraussetzung dafür, dass Jugendarbeit kontinuierlich und qualitativ hochwertig über mehrjährige Verträge sichergestellt werden kann. Soziokulturelle und demokratisch orientierte Jugendzentren wollen wir in allen Landkreisen wohnortnah erhalten oder schaffen. Angebote für Kinder und Jugendliche sollten nach Möglichkeit immer gebührenfrei sein.

Kinder und Jugendliche haben Rechte. Wir wollen sie stärken. Ob zu Hause, in der Schule, im Ausbildungsbetrieb oder in der Kommune: Kinder und Jugendliche müssen an Entscheidungen beteiligt werden und die Erfahrung machen können, dass sie ihre Welt und ihren Alltag mitgestalten können. Lebendige Demokratie muss von Anfang an erlebbar sein und von Kindesbeinen an gelernt werden. Deshalb wollen wir die Rechte von Kindern und Jugendlichen ausweiten und in einem umfassenden Jugendmitbestimmungsgesetz verankern. Darüber hinaus wollen wir Jugendparlamente einrichten, die in kinder- und jugendrelevanten Fragen mitentscheiden sollen.

2.6. Flächendeckende Gesundheitsversorgung sicherstellen

Eine flächendeckende, qualitativ hochwertige und öffentliche gesundheitliche Versorgung ist unser Ziel. Der Ärztemangel stellt schon heute für viele Menschen ein großes Problem dar. Lange Fahrtzeiten zum nächsten Arzt gehören in ländlichen Regionen bereits zur Normalität. Mit der Pensionierung von Ärztinnen und Ärzten auf dem Land wird sich dieses Problem weiter verschärfen. Selbst in Großstädten sind monatelange Wartezeiten bei Fachärzten keine Seltenheit. DIE LINKE will eine qualitativ hohe ärztliche Versorgung flächendeckend sicherstellen. Medizinische Versorgungszentren (Polikliniken) als Zusammenschluss verschiedener Fachärzte sind ein wichtiges Instrument, um die medizinische Versorgung im ländlichen Raum mit abzudecken. Außerdem setzen wir uns für den langfristigen Aufbau eines mobilen Hausarztendienstes ein. Damit kann auch eine bessere Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung sichergestellt werden. Gut ausgebildete Gemeindeschwestern und Gemeindekrankenschwestern sind wichtig, um die Versorgung von Patientinnen und Patienten sicherzustellen. Sachsen bleibt hier weit hinter seinen Möglichkeiten zurück. Wir wollen angehenden Medizinerinnen und Mediziner durch Stipendien und Darlehen die Übernahme einer Praxis attraktiv machen. Auch die Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes kann einen Beitrag zur Sicherstellung qualitativ hochwertiger ärztlicher Versorgung leisten. Mit einer neuen gesetzlichen Grundlage können wir hier auch den zukünftigen Anforderungen an den gesundheitlichen Verbraucherschutz gerecht werden.

Die letzten Gesundheitsreformen haben zur Verschlechterung für Patientinnen und Patienten geführt. Gerade in Sachsen bedeutet dies höhere Kassenbeiträge für die meisten Menschen. Eine Gesundheitsreform, die ihren Namen verdient, steht auf Bundesebene noch aus. Die Abschaffung der Praxisgebühr und die Stärkung von Prävention sind wichtige Schritte. Ebenso die Einführung einer Bürgerversicherung im Gesundheits- und Pflegebereich, in die auch Besserverdienende und Beamte einzahlen müssen und alle Einkommensarten berücksichtigt werden. Es bleibt langfristig unser Ziel, eine Einheitskasse zu schaffen und die

Beitragsbemessungsgrenze abzuschaffen, um das bestehende Zwei-Klassen-System im Gesundheitsbereich zu überwinden.

In einem Landespflegegesetz wollen wir eine Bedarfsplanung des Landes und die Einrichtung von unabhängigen Pflegestützpunkten durchsetzen. Eine bessere Bezahlung des Pflegepersonals und ein größerer Einsatz von Fachkräften in diesem Bereich gehören genauso dazu wie regelmäßige und unabhängige Kontrollen der Pflegeeinrichtungen.

2.7. Gleichstellung ermöglichen

Gleiche Teilhabemöglichkeiten und eine echte Gleichstellung aller Menschen sind in Sachsen nicht verwirklicht. Die sächsische Politik unter der Ägide der CDU hat viel zu wenig dafür getan, die anhaltende Diskriminierung von älteren Menschen, Menschen mit Beeinträchtigung, Lesben und Schwulen, Menschen mit Migrationshintergrund und anderer diskriminierter Gruppen zu bekämpfen. Das Land ist in der Pflicht, mit einer aktiven Förder- und Antidiskriminierungspolitik dafür zu sorgen, dass alle Menschen das gleiche Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben.

DIE LINKE. Sachsen fordert die Mit- und Selbstbestimmung der sorbischen Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung ihrer Angelegenheiten, so wie es europäischer Standard geworden ist. Es muss in Zukunft gewährleistet werden, dass weder in der Politik noch durch die Wirtschaft etwas gegen die erklärten Lebensinteressen des sorbischen Volkes unternommen wird.

Von einer wirklichen Gleichstellung der Geschlechter sind wir noch immer weit entfernt. Frauen verdienen auch in Sachsen weniger als Männer, sie sind nach wie vor völlig unterrepräsentiert in den Führungsetagen von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Bei allen Fortschritten bei der Emanzipation von Frauen, hat sich ihre soziale Situation eher verschlechtert. Bereits erlangte Fortschritte – etwa den hohen Anteil von Frauen in technischen Berufen – wurden durch konservative Politik zunichte gemacht.

Zu moderner Gleichstellungspolitik gehört es, die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern mit der Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Familienangehörigen zu unterstützen.

Mit einem modernen Gleichstellungsgesetz wollen wir den öffentlichen Dienst in Sachsen in die Vorreiterrolle bringen, die Gleichstellung der Geschlechter aktiv zu befördern. DIE LINKE verfolgt das Ziel, dass Professuren und Leitungsfunktionen in öffentlichen Unternehmen zur Hälfte von Frauen besetzt werden.

Viele Möglichkeiten, häusliche Gewalt zu begrenzen, bleiben vertan: Durch eine bessere Prävention und eine schnellere Intervention wäre manches getan. Wir wollen die Finanzierung von Frauenschutzhäusern, Interventionsstellen und Täterberatungen sowie der Einrichtungen

zur Bekämpfung von Menschenhandel und Grenzprostitution sicherstellen. Den Opfern von häuslicher Gewalt müssen flächendeckend Unterstützungsangebote zur Verfügung stehen. Sachsen sollte ein Kompetenzzentrum für Geschlechterpolitik einrichten, um z.B. Unternehmen, Kommunen und Verwaltungen in Gleichstellungsfragen zu beraten.

2.8. Vielfalt statt Diskriminierungen

Minderheiten und marginalisierte Gruppen müssen nicht nur vor Diskriminierung geschützt, sondern bei der Vertretung ihrer Rechte und in ihrer Beteiligung am gesellschaftlichen Leben unterstützt werden. Sachsen braucht endlich ein Antidiskriminierungsgesetz, in dem auch ein Verbandsklagerecht für Betroffenenverbände festgeschrieben wird. Auch eine gute finanzielle und organisatorische Unterstützung der Selbstorganisation insbesondere von Frauen, Seniorinnen und Senioren, Lesben und Schwulen, Sorbinnen und Sorben, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Beeinträchtigung stärken ihre Rechte.

Barrierefreiheit muss Leitmotiv einer linken Antidiskriminierungspolitik sein. Sie muss in allen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere bei Bau- und Verkehrsvorhaben berücksichtigt werden. Die barrierefreie Gestaltung des ÖPNV, der sicheren Finanzierung der Behindertenverbände und ein Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Beeinträchtigung sind wesentliche Instrumente.

Eingetragene Lebenspartnerschaften müssen endlich mit der Ehe gleichgestellt und konsequent ins Landesrecht übernommen werden. Die Diskriminierung von Lesben und Schwulen muss bekämpft werden, z.B. durch mehr Aufklärungsarbeit an Schulen.

DIE LINKE will nicht nur eine bessere Versorgung sozial Benachteiligter sicherstellen. Wir fordern eine Stärkung ihrer sozialen Rechte. Betroffene müssen endlich zu Beteiligten werden. Die Stärkung der Rechte von Patientinnen und Patienten sowie von pflegebedürftigen Menschen sind dazu ganz wichtige Schritte, die auch gesetzlich verankert werden müssen. Eine verbesserte Heimaufsicht mit unabhängigen Qualitätskontrollen von Pflegeheimen gehört unbedingt dazu.

DIE LINKE steht für ein friedliches Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund und für eine gezielte Integration der Zugewanderten. Sachsen ist historisch ein Einwanderungsland. Diese Tradition der Weltoffenheit und Toleranz wollen wir gegen neofaschistische und rassistische Tendenzen verteidigen. Wir treten für eine dezentrale und menschenwürdige Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern ein. Das Chipkartensystem wollen wir durch Bargeldversorgung ersetzen. Die Residenzpflicht im Landkreis lehnen wir ab.

Sachsen braucht ein Integrationskonzept, das Migrantinnen und Migranten eine Integration erleichtert, ohne dass sie auf ihre kulturellen Wurzeln verzichten müssen. Ein kostenloses und ausreichendes Angebot von Deutschkursen ist dafür unverzichtbar, ebenso wie eine gezielte

Integration an Kitas und Schulen, auch für die Kinder von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern.

2.9. Familienfreundliches Sachsen

Sachsen braucht endlich eine moderne Familienpolitik. Zu lange hat die CDU konservative Wertvorstellungen zum Leitbild erhoben, welche an der Lebensrealität der Menschen und an ihren Problemen vorbei gingen. Eine linke Familienpolitik eröffnet jedem Kind die gleichen Chancen. Sie orientiert sich am Leitbild berufstätiger Eltern und der geteilten Erziehungsverantwortung für Männer und Frauen. Wir erkennen die Gleichwertigkeit aller Lebensentwürfe und Familienformen an und bewerten keine/n davon als besser oder schlechter. DIE LINKE orientiert sich an den realen Problemlagen von Kindern und ihren Eltern. Wir wollen ein familienfreundliches Sachsen.

Insbesondere viele Alleinerziehende und viele kinderreiche Familien leben in Armut. Sie müssen besser unterstützt werden: Finanziell und durch Hilfe in ihrer Alltagsorganisation. Eine Initiative für familienfreundliche Arbeitszeiten, für mehr Familienfreundlichkeit in den Betrieben bzw. längere und flexible Öffnungszeiten von Kitas, die auch Eltern mit ungewöhnlichen Arbeitszeiten eine Betreuung ihrer Kinder ermöglichen, wären wichtige Schritte, um Eltern zu unterstützen.

Das Elterngeld in seiner bisherigen Ausgestaltung hilft Geringverdienern und Erwerbslosen leider nicht weiter. Wir fordern daher die Anhebung des Sockelbetrages beim Elterngeld, damit auch Menschen mit niedrigem Einkommen etwas davon haben. Auch das Landeserziehungsgeld muss umgestaltet werden. Es darf nicht länger die Berufstätigkeit von Müttern ausschließen.

Wir wollen den Rechtsanspruch auf den ganztägigen Besuch einer Kindertagesstätte für jedes Kind endlich durchsetzen. Die Sachsen können stolz darauf sein, dass wir das aus der DDR übernommene gute Netz an Kitas gegen alle Versuche der Konservativen verteidigt haben, das öffentliche Kitasystem zu demontieren. Trotzdem ist die Betreuungsquote für Krippenkinder heute niedriger als in anderen ostdeutschen Ländern. Insbesondere in den Großstädten reicht das Angebot an Krippenplätzen nicht aus. Wir wollen den durch Zugangskriterien verursachten vollständigen oder teilweisen Ausschluss von Kindern aus Kitas beenden und eine wohnortnahe Versorgung mit Kindertagesstätten sicherstellen. Außerdem müssen Kindertagesstätten als Bildungseinrichtungen schrittweise gebührenfrei werden. Deshalb muss das Land Sachsen sich stärker an der Finanzierung von Kitas beteiligen. Nur dadurch kann auch der Investitionsstau im Kita-Bereich gestoppt werden.

2.10. Soziale Daseinsvorsorge sicherstellen

Sachsen ist trauriger Vorreiter bei der Privatisierung von Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen wurden massiv in private

Trägerschaft überführt. Die Finanznot der Kommunen oder eine angeblich bessere Effektivität in der Arbeitsorganisation waren und sind mancherorts noch immer die Argumente. DIE LINKE wendet sich gegen die Privatisierung der Daseinsvorsorge im Gesundheits- und Sozialwesen, in der Bildung und in der Energieversorgung. Öffentliche Aufgaben müssen von öffentlicher Hand geführt werden! Kommunen oder freie Träger kommen dafür in Frage. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass sich Private rentable Sahnestückchen herauschneiden, während die öffentliche Hand auf den Aufgaben sitzen bleibt, die zur Versorgung dringend nötig sind, aber keinen Profit abwerfen. Deshalb wollen wir insbesondere Krankenhäuser in öffentlicher Hand belassen und durch eine bessere Finanzierung der Häuser für ihre ökonomische Stabilität sorgen.

Öffentliche Daseinsvorsorge heißt für uns auch, die Feuerwehren und Rettungsdienste so zu stärken und auszubauen, dass sie ihrer Aufgabenerfüllung im ganzen Land nachkommen können. Parallel dazu müssen das Ehrenamt und die Nachwuchsarbeit in diesen Bereichen stärker gewürdigt und neben der Ausübung eines Berufes ermöglicht werden.

DIE LINKE. Sachsen wird alles daran setzen, auch kommunale Wohnungsbaugesellschaften zu unterstützen, um die weitere Privatisierung von Wohnungen zu verhindern. DIE LINKE. Sachsen will eine sichere Finanzierung der Sozialverbände, von Vereinen und sozialen Initiativen, wie z.B. den Tafeln. Diese leisten eine wichtige Arbeit für die sozial Schwachen in unserer Gesellschaft.